

InnenStadtAktion – Kunst oder Politik?

**Nicole Grothe** ist freie Kunsthistorikerin und lebt in Düsseldorf. Sie forscht zu zeitgenössischer Kunst im öffentlichen Raum und aktuellen sozialen Bewegungen.

NICOLE GROTHE

## **InnenStadtAktion – Kunst oder Politik?**

Künstlerische Praxis in der neoliberalen Stadt

**[transcript]**

*Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>*

*Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:  
[info@transcript-verlag.de](mailto:info@transcript-verlag.de)*

### **Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

**© 2005 transcript Verlag, Bielefeld**

zugl. Diss., Ruhr-Universität Bochum, Fak. f. Geschichtswissenschaft, 2005



**This work is licensed under a Creative Commons  
Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 3.0 License.**

Umschlaggestaltung und Innenlayout: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat & Satz: Nicole Grothe

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

ISBN 3-89942-413-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

## **Inhalt**

|                                                                                                |    |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>Vorwort</b>                                                                                 | 7  |
| <b>Einleitung</b>                                                                              | 9  |
| <b>Neoliberale Stadtpolitik</b>                                                                | 17 |
| Neoliberalismus und Städtekonkurrenz                                                           | 18 |
| Vertreibung und Ausgrenzung Marginalisierter                                                   | 24 |
| Marginalisierte im Fokus repressiver Maßnahmen                                                 | 25 |
| „Broken Windows“ und „Zero Tolerance“                                                          | 28 |
| Kommunalpolitische Auswirkungen des „Zero Tolerance“-Diskurses in Deutschland                  | 33 |
| Konkrete Maßnahmen gegen Marginalisierte                                                       | 37 |
| Straßensatzungen und Gefahrenabwehrverordnungen als juristische Handhabe gegen Marginalisierte | 37 |
| Erhöhung der Präsenz von Sicherheitskräften im öffentlichen Raum                               | 41 |
| Privatisierung öffentlicher Räume                                                              | 48 |
| Definition „gefährlicher Orte“                                                                 | 50 |
| Zusammenfassung                                                                                | 51 |
| <b>Zur Rolle von Kunst im öffentlichen Raum in den 90er Jahren – drei Beispiele</b>            | 53 |
| Der Skulpturenrundgang der Stiftung DaimlerChrysler am Potsdamer Platz in Berlin               | 54 |
| „Skulptur. Projekte in Münster 1997“                                                           | 64 |
| „documenta X“ eine Retrospektive kritischer Kunst als Standortfaktor                           | 72 |
| Schlussbemerkung zu den genannten Beispielen                                                   | 82 |

|                                                                                                        |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>Is it Art? Politische Kunstpraxen der späten 80er und 90er Jahre – drei Beispiele</b>               | 85  |
| Politische/aktivistische Kunst in den 90er Jahren – ein Überblick                                      | 86  |
| „If you lived here...“ („Informationskunst [als taktisches Medium]“)                                   | 91  |
| „Passion Impossible – 7 Tage Notruf für Deutschland (eine Bahnhofsmision)“ (Impulskunst [als trigger]) | 99  |
| WochenKlausur (Interventionskunst [als Realpolitik])                                                   | 109 |
| Schlussbemerkung zu den genannten Beispielen                                                           | 118 |
| <b>InnenStadtAktion!</b>                                                                               | 119 |
| Planung                                                                                                | 119 |
| Praxis                                                                                                 | 148 |
| InnenStadtAktionen als Gegenöffentlichkeit                                                             | 149 |
| Die InnenStadtAktionen – drei Beispiele                                                                | 159 |
| InnenStadtAktionen Köln: Klassenfahrt 1997/1998                                                        | 161 |
| InnenStadtAktionen Berlin 1997/1998                                                                    | 183 |
| InnenStadtAktionen Düsseldorf 1997                                                                     | 215 |
| „A-Clips“                                                                                              | 223 |
| Kritik der InnenStadtAktionen                                                                          | 226 |
| Die spezifische Rolle der beteiligten KünstlerInnen                                                    | 227 |
| StellvertreterInnenpolitik statt Einbeziehung marginalisierter Gruppen                                 | 233 |
| Symbolpolitik und Selbstreferenzialität                                                                | 239 |
| Distinktionsgewinn statt politischer Intervention                                                      | 245 |
| <b>Fazit</b>                                                                                           | 253 |
| <b>Literatur</b>                                                                                       | 265 |

## Vorwort

---

Die Innenstädte kleiner und großer deutscher Städte haben in den letzten zehn Jahren deutlich ihr Gesicht verändert. Standortkonkurrenz, städtisches Image, Sauberkeit, Sicherheit und ‚Null Toleranz‘ gegenüber Störenfriedern sind die Schlagworte, mit denen der Diskurs um das Erscheinungsbild deutscher Städte geführt wird. Wie reagieren KünstlerInnen, die ihr Betätigungsfeld (auch) im öffentlichen Raum sehen auf diese Entwicklung? Wie positionieren sie sich in den entstehenden Konflikten um den öffentlichen Raum? Wie wirken sich diese Auseinandersetzungen auf ihre künstlerische Praxis aus?

Die InnenStadtAktionen 1997 und 1998 sind keine künstlerische Praxis im strengen Sinne, dennoch aber eine Praxis von KünstlerInnen und anderen, die als Reaktion auf die Entwicklung in den Städten Mitte der 90er Jahre entsteht. In den Grenzbereichen politischer Kunstpraxis angesiedelt, werden die InnenStadtAktionen im Kunstkontext kaum rezipiert, obwohl sie eine auch im Zusammenhang mit Kunst im öffentlichen Raum entscheidende Frage thematisieren: Wem gehört die Stadt?

Wie diese spezifische Form der Intervention entsteht, was sie von anderen unterscheidet und was sie bewirkt, sind die Fragen, denen sich diese Arbeit widmen will.

Für die Einsicht in ihre Privatarchive bin ich Ursula Ströbele, Katja Reichert, Jörg Nowak, Stefan Römer und dem Infoladen Köln, ganz besonders jedoch John Dunn und Jochen Becker dankbar, die mir auch für zahlreiche Rückfragen immer wieder zur Verfügung standen. Diese Arbeit wäre jedoch nicht zustande gekommen, hätten sich nicht viele der beteiligten AktivistInnen die Zeit für ausführliche Gespräche genommen, die erst einen umfassenden Überblick über die InnenStadtAktionen

ermöglicht haben. Für die auf diese Weise gewonnenen Informationen möchte ich Marlene von der InnenStadtAktionsgruppe Kassel, Kai und Pit von der Gruppe LadenGold in Köln<sup>1</sup>, Britta Grell, Jochen Becker, Sabeth Buchmann, Katja Diefenbach, John Dunn, Uwe Hofmann, Jörg Nowak, Katja Reichert, Stefan Römer, Ursula Ströbele und Klaus Weber, aber auch Klaus Ronneberger, Christian Sälzer, Nicolas Siepen und Jesko Fezer, deren Interviews in der Untersuchung letztlich keine Verwendung gefunden haben, herzlich danken.

Für ihre finanzielle Unterstützung durch ein Stipendium danke ich außerdem der Rosa Luxemburg Stiftung, die es mir ermöglicht hat, mich drei Jahre lang ausschließlich auf meine Forschungen zu konzentrieren.

Nicht zuletzt danke ich jedoch denjenigen, ohne deren Hilfe die Fertigstellung der Arbeit möglicherweise noch Monate gedauert hätte und das Buch wohl nie erschienen wäre: Bine Reimann, Maren Gatzke und Ina Dobrzak für die Korrekturen, Frank Meier für sein inhaltliches Feedback und die penible Sichtung meiner Fußnoten und Meikel Friebe für die Rettung meiner Bilder. Thomas Weib gebührt ein ganz großes Dankeschön für die Lösung aller Computerprobleme und die unglaubliche Unterstützung beim Layout, und meinen Eltern danke ich herzlich für die großzügige finanzielle Unterstützung.

Volker Albrecht, der einiges hat aushalten müssen, danke ich für seine Geduld und seinen Support in allen Lebenslagen.

*Nicole Grothe, Juni 2005*

---

1 Marlene, Kai und Pit haben aus unterschiedlichen Gründen darum gebeten, ihre Nachnamen nicht zu veröffentlichen. Dieser Bitte komme ich gerne nach.

## Einleitung

---

Wem gehört die Stadt? – Diese Frage scheint das Kernstück der Auseinandersetzungen um die Innenstadtbereiche deutscher Städte zu sein, die in den letzten zehn Jahren erneut zu umkämpftem Terrain geworden sind. Im Rahmen der wachsenden Standortkonkurrenz versuchen die Kommunen, das Image der eigenen Stadt aufzuwerten, diese gegenüber anderen zu profilieren und so für InvestorInnen und TouristInnen attraktiv zu gestalten. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Innenstadtbereichen, aber auch den Bahnhöfen zu, die als Visitenkarte der Städte gelten, und deren Sicherheit und Sauberkeit Gegenstand zahlreicher Debatten und kommunalpolitischer Maßnahmen sind. Neben Müll und Graffiti geraten dabei im Zuge eines sich verschärfenden Sicherheitsdiskurses vor allem so genannte Randgruppen, die den städtischen Raum als Lebens- und Aufenthaltsraum beanspruchen, ins Visier der Ordnungsbehörden. Durch die Entwicklung juristischer Instrumentarien wie Gefahrenabwehrverordnungen oder Straßensatzungen und den Einsatz kommunaler Ordnungsdienste wird die Möglichkeit geschaffen, DrogenkonsumentInnen und Wohnungslose, aber auch Angehörige bestimmter Jugendsubkulturen aus bestimmten Bereichen des städtischen Raumes zu verweisen. Auf diese Weise findet eine Hierarchisierung der Nutzungsformen des städtischen Raums statt: Während der Einkaufsbummel, der Besuch eines Biergartens oder das Verteilen von Werbematerial als legitime Nutzungsformen betrachtet werden, gilt die Versammlung Wohnungsloser an so genannten Szenetreffpunkten oder das Konsumieren von Alkohol im öffentlichen Raum als störend und wird dementsprechend geahndet. Die NutzerInnen des öffentli-

chen Raums spalten sich somit in verschiedene Teilöffentlichkeiten, deren Interessen unterschiedlich gewichtet werden.

Dies ist das Terrain, auf dem Kunst im öffentlichen Raum entsteht. Seit der Abkehr von den so genannten ‚Drop Sculptures‘, die im Atelier konzipiert werden und im öffentlichen Raum oft deplatziert wirken, ist Kunst im öffentlichen Raum geprägt von den Debatten um ‚Site Specificity‘ und ortspezifisches Arbeiten. Stehen zunächst rein formale Bezüge auf den umgebenden städtischen Raum im Vordergrund, gewinnt nach und nach die soziale, politische und historische Dimension des jeweiligen Ortes an Bedeutung. Umso verwunderlicher ist es, dass die oben skizzierte Entwicklung, die sich seit Mitte der 90er Jahre in zahlreichen großen und kleinen Städten vollzieht, im Zusammenhang mit Kunst im öffentlichen Raum nur selten Erwähnung findet. Ist von den NutzerInnen des öffentlichen Raums als Öffentlichkeit die Rede, so beschränken sich KünstlerInnen wie KritikerInnen zumeist darauf, die Heterogenität dieser Öffentlichkeit im Gegensatz zur Kunstöffentlichkeit, denen das Kunstwerk in den Museen und Galerien gegenübertritt, hervorzuheben. Diese Heterogenität kommt jedoch nicht nur in den unterschiedlichen Interessen und bevorzugten Nutzungsformen zum Ausdruck, sondern auch in den Möglichkeiten, sich den öffentlichen Raum anzueignen und zu nutzen. Dass die Öffentlichkeit, die als Rezipientin von Kunst im öffentlichen Raum gilt, eine hierarchisch strukturierte ist beziehungsweise in verschiedene Teilöffentlichkeiten zerfällt, und dass die verschiedenen Interessen dieser Teilöffentlichkeiten zuweilen Konflikte hervorrufen, findet seitens der KünstlerInnen ebenso wie seitens der Kunstkritik selten Beachtung, sofern es sich nicht um Konflikte handelt, in deren Zentrum die Kunst selbst steht.<sup>1</sup>

---

1 In der kürzlich erschienenen Aufsatzsammlung „Public Art. Kunst im öffentlichen Raum. Ein Handbuch“ (Florian Matzner [Hg.]: Public Art. Kunst im öffentlichen Raum. Ein Handbuch, Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz Verlag 2004) verweisen zwar beispielsweise Joseph Kosuth, Hans Haacke und Paul Armand-Gette auf die Breite des Publikums im städtischen Raum gegenüber der Exklusivität der Kunstöffentlichkeit in den Institutionen (Joseph Kosuth: „Öffentlicher Text“, in: F. Matzner [Hg.]: Public Art, S. 199-207; Hans Haacke: „OffenSichtlich“, in: F. Matzner [Hg.]: Public Art, S. 223-229; Paul Armand-Gette: „Notizen über die Kunst und das Publikum“, in: F. Matzner [Hg.]: Public Art, S. 303-305.), Wolfgang Ullrich streift die Rolle der Kunst für kommunale Imagepolitik (Wolfgang Ullrich: „Außen hui, innen unauffällig. Ansprüche an die Kunst im öffentlichen Raum“, in: F. Matzner [Hg.]: Public Art, S. 417-421.), und Mischa Kuball postuliert: „Jede Geste in der Stadt ist politisch! Eingreifen, verändern, erscheinen und verschwinden sind Qualitäten eines Umgangs mit dem dynamischen Konstrukt ‚Öffentlichkeit‘.“ (Mischa Kuball: „„And, it’s a pleasure...“/Öffentlichkeit als Labor, in: F. Matzner [Hg.]: Public

Für diese Arbeit hingegen bildet ein Verständnis von öffentlichem Raum als abstrakter sozialer Raum im Sinne Bourdieus die Voraussetzung. Bourdieu definiert sozialen Raum als den Raum, der zwischen Individuen gebildet wird. Dieser ist nicht mit dem physischen Raum identisch, bildet sich jedoch in diesem ab:

„Die Struktur des sozialen Raums manifestiert sich so in den verschiedensten Kontexten in Form räumlicher Gegensätze, wobei der bewohnte (oder angelegte) Raum als eine Art spontaner Metapher des sozialen Raumes fungiert. In einer hierarchisierten Gesellschaft gibt es keinen Raum, der nicht hierarchisiert ist und nicht die Hierarchien und sozialen Distanzen zum Ausdruck bringt, (mehr oder minder) entstellt und verschleiert durch den Naturalisierungseffekt, den die dauerhafte Einschreibung der sozialen Realitäten in die physische Welt hervorruft: Aus sozialer Logik geschaffene Unterschiede können dergestalt den Schein vermitteln, aus der Natur der Dinge hervorzugehen (denken wir nur an die Vorstellung der ‚natürlichen Grenze‘).“<sup>2</sup>

Die Verfügungsmacht über den Raum ist jeweils an die Stellung der AkteurInnen innerhalb des sozialen Gefüges beziehungsweise deren Verfügungsgewalt über verschiedene Sorten von Kapital (ökonomisches, intellektuelles, kulturelles etc.) gebunden. Für den städtischen Raum, jedoch nicht nur für diesen, bedeutet dies, dass diejenigen, welche in ausreichendem Maß über eine bestimmte Sorte von Kapital verfügen, sich Raum aneignen und damit denjenigen streitig machen können, die nicht über das nötige Kapital verfügen, sich also in den unteren Bereichen der gesellschaftlichen Hierarchie bewegen:

„Einer der Vorteile, den die Verfügungsmacht über Raum verschafft, ist die Möglichkeit, Dinge oder Menschen auf (physische) Distanz zu halten, die stören oder in Misskredit bringen, indem sie den als Promiskuität erlebten Zusammenstoß von sozial unvereinbaren Weisen des Seins oder Tuns provozieren oder den visuellen und auditiven Wahrnehmungsraum mit Spektakel und Lärm überziehen, die, da sozial markiert und negativ konnotiert, zwangsläufig als unerwünschtes Eindringen oder selbst als Aggression erfahren werden.“<sup>3</sup>

---

Art, S. 307-313, hier S. 307.) Es findet sich jedoch auf rund 500 Seiten kein Beitrag, der die Hierarchisierung diverser Teilöffentlichkeiten, wie sie in den Auseinandersetzungen um die Verfügungsgewalt über den städtischen Raum zum Ausdruck kommt, behandelt – wenngleich allen Beiträgen die Öffentlichkeit als Adressatin gilt.

- 2 Pierre Bourdieu: „Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum“, in: Martin Wenz (Hg.), Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen, Frankfurt, New York: Campus Verlag 1991, S. 25-34, hier S. 26f.
- 3 Ebd., S. 31.

Mit den InnenStadtAktionen soll in der vorliegenden Arbeit eine Intervention im öffentlichen Raum untersucht werden, welche die ungleiche Verteilung von Verfügungsmacht über den öffentlichen Raum und die daraus folgende Stigmatisierung und Ausgrenzung marginalisierter Personengruppen thematisiert und kritisiert. Die InnenStadtAktionen sind keine Kunst im öffentlichen Raum im strengen Sinne, da sie als solche weder seitens der InitiatorInnen noch seitens der RezipientInnen definiert werden. Sie stellen jedoch eine Intervention von KünstlerInnen im öffentlichen Raum dar und sind daher als eine Weiterentwicklung politischer Kunstpraxis im Rahmen kunsthistorischer Forschung zu untersuchen.

Die InnenStadtAktionen finden 1997 und 1998 als jeweils einwöchige Aktionstage in mehreren Städten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz statt, und werden von AktivistInnen aus politischen Kunstzusammenhängen initiiert. Als breites Bündnis von KünstlerInnen, politischen Initiativen und TheoretikerInnen kritisieren die InnenStadtAktionen unter dem Titel „Gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung“ mit zahlreichen Aktionen im städtischen Raum die Ausgrenzung Marginalisierter auf Grundlage eines sich verschärfenden Sicherheitsdiskurses und die Zurichtung der Innenstädte auf ökonomische Interessen. Im zweiten Jahr kommt unter dem Titel „Bahn Attack“ die kritische Auseinandersetzung mit der Umstrukturierung der Bahnhöfe hinzu.

Zentrale Fragestellung dieser Arbeit ist es herauszufinden, wie es zu dieser speziellen Aktionsform kommt, welche Rolle in diesem Zusammenhang eine spezifische künstlerische Praxis spielt, und wie die InnenStadtAktionen rückblickend zu bewerten sind. Als kritische Reaktion von KünstlerInnen auf politische Prozesse sollen die InnenStadtAktionen „hemmungslos relational“<sup>4</sup>, d.h. sowohl im Vergleich mit anderen Formen künstlerischer Praxis und deren Präsentation als auch im Kontext der speziellen politischen Situation betrachtet werden. Das erste

---

4 Renate Lorenz greift diesen Kommentar Sabeth Buchmanns zu Jochen Beckers Kunstbegriff auf, um den künstlerisch-politischen Ansatz von Büro Bert zu beschreiben. Unter dem Titel „Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit“ schreibt sie: „Kunst als von außen geführter Kommentar zur *Maschine Gesellschaft* [Hervorhebung im Original, N.G.] ist schon deshalb nicht denkbar, weil klar ist, daß Kunst und die in ihrem Umfeld produzierten Diskurse oder die dort vorgenommenen Wertsetzungen an der Produktion gesellschaftlicher Wirklichkeit teilhaben. Kunst ist in Zusammenhänge involviert und bestimmt Zusammenhänge, welche üblicherweise aus der (Kunst-)Kritik ausgeklammert bleiben. Das betrifft die Umstände ihrer Produktion [...], aber auch ihr Produkt [...].“ (Renate Lorenz [für Büro Bert]: „Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit“, in: Büro Bert [Hg.], Copyshop. Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit, Berlin, Amsterdam: Edition ID-Archiv 1993, S. 7-19, hier S. 7.)

Kapitel widmet sich daher zuerst der Zusammenfassung derjenigen Maßnahmen und Debatten, die inhaltlicher Ausgangspunkt der Innen-StadtAktionen sind. Zunächst soll skizziert werden, welche Rolle das Image der Innenstädte im Rahmen der Standortkonkurrenz spielt, und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Attraktivität der Innenstadtbereiche sowie der Bahnhöfe zu erhöhen. Ein besonderes Augenmerk soll hierbei auf die Entwicklung des ‚Zero Tolerance-Konzepts‘ und dessen Rezeption in Deutschland gelegt werden. Die daraus folgenden Konsequenzen für das Leben Marginalisierter in den Innenstädten werden anhand konkreter Beispiele erläutert: der Einsatz von Sicherheitskräften und die Einführung kommunaler Ordnungsdienste, die Entwicklung juristischer Instrumentarien wie Gefahrenabwehrverordnungen und Straßensatzungen, das Phänomen der Privatisierung öffentlicher Räume sowie die Sonderregelung polizeilicher Befugnisse an ‚gefährlichen Orten‘.

Das zweite Kapitel erörtert die Frage, welche Rolle Kunst im öffentlichen Raum in diesem Kontext spielt. Anhand dreier Beispiele soll diese Frage aus drei verschiedenen Perspektiven betrachtet werden: Eine eingehende Betrachtung des Skulpturenrundgangs der Sammlung DaimlerChrysler am Potsdamer Platz in Berlin soll aufzeigen, wie Kunst im öffentlichen Raum einerseits dazu dienen kann, das Image eines Großinvestors aufzuwerten, und wie sie andererseits dazu beitragen kann, einen hierarchisierten Raum nachträglich zu ästhetisieren. Das Beispiel der Ausstellung „Skulptur. Projekte in Münster 1997“, die als eine der wichtigsten Ausstellungen für ortsspezifisches Arbeiten in Deutschland gilt, soll zeigen, wie selten dem programmatischen Anspruch zum Trotz, zentrale Aspekte des öffentlichen Raums als sozialer Raum in den Beiträgen der KünstlerInnen Berücksichtigung finden. Am Beispiel der „documenta X“ soll schließlich dargelegt werden, wie ein kulturelles Großereignis selbst zum Standortfaktor wird und dazu beiträgt, auf politischer Ebene Prozesse zu forcieren, die auf der inhaltlichen Ebene von vielen Beteiligten kritisch reflektiert und kommentiert werden. Während sich zahlreiche Beiträge kritisch mit den Folgen der gegenwärtigen politischen und sozialen Entwicklung befassen, wird die „documenta“ zum Auslöser für die Vertreibung Marginalisierter aus dem Innenstadtbereich. Die drei Beispiele verdeutlichen, wie Kunst im öffentlichen Raum dazu beitragen kann, die Ausgrenzung Marginalisierter festzuschreiben.

In Abgrenzung hierzu befasst sich das dritte Kapitel mit Kunstpraxen, die der Ausgrenzung Marginalisierter entgegenwirken. Die hier vorzustellenden Beispiele sind teils im öffentlichen Raum, teils im Museum beziehungsweise Theater angesiedelt und ebenso wie die in Kapitel drei behandelten Beispiele explizit als Kunst beziehungsweise Kunst-

aktion definiert. Im Gegensatz zu letzteren nutzen die hier vorgestellten Kunstpraxen jedoch den Kunstkontext, um auf verschiedene Weise eine Auseinandersetzung über die Belange Marginalisierter, in diesem Fall Wohnungslose, beziehungsweise von Wohnungslosigkeit bedrohte MieterInnen, DrogenkonsumentInnen oder Prostituierte anzuregen. Dieses Kapitel soll dazu dienen, einerseits Möglichkeiten künstlerischer Intervention aufzuzeigen, andererseits beispielhaft einen Eindruck von verschiedenen Formen politischer Kunstpraxis der späten 80er beziehungsweise 90er Jahre zu vermitteln, um zu verdeutlichen, dass die Auseinandersetzung mit politischen und sozialen Themen vor den InnenStadtAktionen auch im Kunstkontext eine wichtige Rolle spielt und zu veränderten Formen künstlerischer Praxis führt. Die drei Beispiele, Martha Roslers Projekt „If you lived here...“, zwei Projekte von WochenKlausur und Schlingensiefels Projekt „Passion Impossible – 7 Tage Notruf für Deutschland (eine Bahnhofsmision)“, werden mit den von Holger Kube Ventura zur Kategorisierung politischer Kunstpraxen der 90er Jahre vorgeschlagenen Kategorien der ‚Informationskunst‘, ‚Interventionskunst‘ und ‚Impulskunst‘ auf ihre jeweiligen Besonderheiten hin untersucht.

Während die hier genannten Beispiele Möglichkeiten von Interventionen innerhalb des Kunstkontextes aufzeigen, stellen die InnenStadtAktionen, die im vierten Kapitel eingehend untersucht werden, eine Praxis von KünstlerInnen im öffentlichen Raum dar, die den Kunstkontext überschreitet. Dieses Kapitel stellt den Hauptteil der Arbeit dar und soll zum einen aufzeigen, aus welchen politischen Kunstpraxen heraus die InnenStadtAktionen historisch entstehen, wie die Fokussierung auf das Thema „Gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung“ zustande kommt, und auf welche Weise mit den InnenStadtAktionen im öffentlichen Raum interveniert wird. Da die InnenStadtAktionen als überregionale Aktionswochen in vielen Städten ausschließlich von politischen Initiativen getragen werden, beschränkt sich die Untersuchung im Rahmen dieser Arbeit auf Städte, in denen KünstlerInnen direkt beteiligt sind: Düsseldorf, wo die InnenStadtAktionen von ihren InitiatorInnen explizit als Kunstaktion definiert werden, Köln, wo mit FrischmacherInnen und LadenGold politische Kunstzusammenhänge an der Initiierung der InnenStadtAktionen beteiligt sind, die sich bereits vorher eingehend mit dem Thema Stadt befasst haben, und Berlin, wo die personenstärkste InnenStadtAktionsgruppe über einen hohen Anteil an AktivistInnen aus politischen Kunstzusammenhängen verfügt, die anlässlich der Aktionswoche das Bündnis mit politischen Initiativen sucht. Wichtige Fragen bei der eingehenden Betrachtung der InnenStadtAktionen sind unter anderem: Welche Formen der Praxis entwickeln sich im Rahmen der InnenStadtAktionen und inwiefern ist diese durch einen speziell künstleri-

schen Zugang geprägt? Wer sind die AdressatInnen beziehungsweise RezipientInnen der InnenStadtAktionen? Welche Zielsetzung liegt den InnenStadtAktionen zugrunde? Welches sind die zentralen Kritikpunkte an den InnenStadtAktionen? Wie sind die InnenStadtAktionen im Nachhinein zu bewerten?

Aufgrund der misslichen Quellenlage zum Thema InnenStadtAktionen ist es notwendig, für diese Arbeit ein heterogenes Konvolut an Quellen heranzuziehen, zu dem einige Anmerkungen nötig sind: Neben Fachliteratur und wissenschaftlichen Quellen wurden vor allem solche herangezogen, die im Rahmen der InnenStadtAktionen von deren InitiatorInnen selbst publiziert wurden. Hierzu zählen beispielsweise Reader, Zeitungsbeilagen oder Flugschriften, welche die inhaltliche Ausrichtung der InnenStadtAktionen dokumentieren. Des Weiteren stellen interne Protokolle und Diskussionspapiere der Vorbereitungsgruppen, die in Privatarchiven Beteiligten einsehbar waren, eine wichtige Quelle dar. Sie bieten vor allem Aufschluss darüber, wie die Fokussierung auf das Thema zustande kommt, welche Zielsetzung den InnenStadtAktionen zugrunde liegt und wie diese im Nachhinein von den InitiatorInnen bewertet werden. Ergänzend wurden Gespräche mit InitiatorInnen der InnenStadtAktionen geführt, um weitere Informationen über die Zielsetzung, inhaltliche Ausrichtung, Wahl der Aktionsformen sowie die nachträgliche Bewertung durch die Beteiligten zu erhalten. Darüber hinaus wurde in einigen Fällen auf das World Wide Web zugegriffen, da bei dem aktuellen Stand der technischen Entwicklung viele Dokumente nur in elektronischer Form verfügbar sind. Zu diesen Quellen zählen unter anderem die Homepages verschiedener Kommunen und Institutionen, Online-Archive von Zeitschriften und Tageszeitungen, aber auch die Web-Seiten politischer Initiativen, die beispielsweise Flugschriften dokumentieren, die in gedruckter Form nicht mehr verfügbar sind. In zwei Fällen wurden bisher unveröffentlichte wissenschaftliche Arbeiten herangezogen. Die vorliegende Arbeit stützt sich somit auf wissenschaftliche Quellen, qualitative Interviews sowie populäre Medien, um ein möglichst umfassendes Bild des Forschungsgegenstands zu ermitteln.

Mit den InnenStadtAktionen soll in dieser Arbeit eine von KünstlerInnen initiierte Intervention im öffentlichen Raum vorgestellt werden, die sich durch eine grundlegende Kritik an eben diesem Interventionsfeld auszeichnet. Diese kritische Auseinandersetzung mit dem städtischen Raum lassen sowohl Arbeiten von KünstlerInnen im öffentlichen Raum als auch Forschungen zu diesem Thema nur allzu oft vermissen. Die beteiligten KünstlerInnen und Kunstzusammenhänge haben im Zusammenhang mit den InnenStadtAktionen die Diskussion über Fragen nach dem zugrunde liegenden Kunstbegriff zugunsten der Auseinander-

setzung über praktische Interventionsmöglichkeiten zurück gestellt und das Feld der gängigen Formen künstlerischer Intervention im öffentlichen Raum überschritten. Diese Arbeit soll einen Beitrag dazu leisten, einen kritischen Blick für das Feld Kunst im öffentlichen Raum zu schärfen und das Denken für die Auseinandersetzung mit im Kunstkontext ungewohnten Praxen der Intervention zu öffnen.

## Neoliberale Stadtpolitik

---

Das folgende Kapitel befasst sich mit dem sozialen und politischen Kontext, innerhalb dessen die InnenStadtAktionen zu verorten sind. Betrachtet man die stadtpolitische Entwicklung in den Metropolen der 90er Jahre, so lässt sich als allgemeine Tendenz eine Zurichtung der Städte auf Konkurrenzfähigkeit innerhalb des globalen, nationalen oder regionalen Städtewettbewerbs um Investoren beobachten. Neben infrastrukturellen Maßnahmen wie der Bereitstellung von geeigneten Immobilien oder dem Ausbau von Verkehrsanbindungen, spielen die Innenstädte als Visitenkarten der Städte die Rolle eines so genannten weichen Standortfaktors. Die Aufwertung der Innenstadtbereiche durch Maßnahmen der Festivalisierung<sup>1</sup> in großem und kleinerem Rahmen oder durch bauliche

- 
- 1 Unter Festivalisierung im eigentlichen Sinne wird nach Häußermann und Siebel die Inszenierung von Großprojekten wie Bundesgartenschauen, Filmfestspielen, Olympiaden oder auch der „EXPO“ oder der „documenta“ verstanden. Diese spielen im Hinblick auf die Wettbewerbsorientierung eine wesentliche Rolle: „Große Ereignisse sind in ihrem Kern Instrumente der Städtekonkurrenz. Die Planung großer Projekte zielt darauf, eine Stadt (möglichst international) bekannt zu machen und Investitionen und Finanzzuflüsse von außerhalb in die Stadt zu lenken. Die Städte entwickeln viel Phantasie, um die Zuschuß-Töpfe, die von Bundes- und Landesregierungen für die verschiedensten Zwecke feilgeboten werden, anzuzapfen und Sondermittel einzuwerben. Außerdem werden auswärtigen Immobilieninvestoren lukrative Anlagemöglichkeiten geboten. Als indirekten, langfristig wirksamen Effekt verfolgen die Städte das Ziel, durch die Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades und die Aufpolierung ihre [Fehler im Original, N.G.] Images, das durch die Medien dann weltweit verbreitet wird, sich selbst überregional und international sichtbar zu machen – mit der Hoffnung, dass sie dadurch als Standort für neue gewerbli-

Umgestaltung geht einher mit einer Verschärfung repressiven Vorgehens gegenüber marginalisierten Personengruppen, die für eine Beeinträchtigung des städtischen Images verantwortlich gemacht werden. Dies findet auf verschiedenen Ebenen statt, beispielsweise durch Ausgrenzung mittels Privatisierung ehemals öffentlicher Räume, durch Umdefinition abweichenden Verhaltens in juristisch sanktionierbare Ordnungswidrigkeiten sowie durch die Einführung oder Aufrüstung von Überwachungs- und Kontrollinstanzen wie kommunalen Ordnungsdiensten oder Kameraüberwachungssystemen. Da eben genau diese Maßnahmen im Zentrum der Analyse, Kritik und Gegenaktionen der InnenStadtAktionen stehen, sollen im Folgenden die diesbezüglichen lokalpolitischen Entwicklungen in Deutschland in den 90er Jahren genauer untersucht werden. Hierzu werden vor allem die Forschungen Klaus Ronnebergers, Walter Jahns und Stephan Lanz' zugrunde gelegt, die als Einzelpersonen und als Autorenkollektiv spacelab grundlegende Erkenntnisse in diesem Bereich der Stadtforschung gewonnen haben.

## **Neoliberalismus und Städtekonkurrenz**

Um die Veränderungen stadtpolitischer Konzepte in den 90er Jahren nachvollziehen zu können, ist es notwendig, die ökonomische Entwicklung Deutschlands bis in die 70er Jahre hinein zurück zu verfolgen. In diese Zeit fällt das Ende des Wohlfahrtsstaates, der gekennzeichnet ist durch hohe sozialstaatliche Verantwortung, soziale Absicherung des Einzelnen und auf kommunaler Ebene durch Programme, die der Angleichung der Lebensverhältnisse verpflichtet sind. Die ökonomische Krise führt in den USA und Europa, hier zunächst in Großbritannien unter Margret Thatcher, zu einem massiven Abbau des Sozialstaates und zur Entwicklung neoliberaler Konzepte des ‚Reaganismus‘ und ‚Thatcherismus‘. Deren wesentliche Merkmale sind: so genannte Verschlinkung des Staates, Privatisierung öffentlichen Eigentums, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Abbau kollektiver Sicherungssysteme. Wenn-

---

che Investitionen attraktiv werden. Für diesen Zweck sollen sich besonders spektakuläre Projekte eignen.“ (Hartmut Häußermann/Walter Siebel: „Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik“, in: dies. [Hg.], Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Opladen: Westdeutscher Verlag 1993, S. 7-31, hier S. 10.)

Unter Festivalisierung in kleinerem Rahmen könnte man demnach Projekte fassen, die auf regionale oder nationale Bekanntheit angelegt sind, wie zum Beispiel Bundesgartenschauen, mehrtägige kleinere Musik- oder Filmfestivals, Nacht der Museen etc.

gleich diese Entwicklung Deutschland mit einiger Verspätung erreicht, sind auch hier seit Ende der 70er Jahre, spätestens jedoch seit Beginn der Amtsperiode Helmut Kohls (CDU) im Jahr 1982 derlei Tendenzen zu beobachten, die auch mit dem Wechsel zu einer SPD/GRÜNE Bundesregierung im Jahr 1998 fortgeschrieben werden. Sparmaßnahmen im sozialen Bereich, beispielsweise im Gesundheitswesen oder im Bereich des sozialen Wohnungsbaus werden ergänzt durch vermehrte Forderungen nach Eigenleistung des Einzelnen.

Für die Kommunen bleibt diese Entwicklung nicht ohne Folgen. In den Nachkriegsjahren bis in die 70er Jahre hinein zielt Stadtentwicklungspolitik stets auch auf die Abmilderung sozialer Ungleichheit. Die Städte entwickeln sich

„als Zentren einer nationalstaatlich organisierten Ökonomie zu ‚integrativen Wachstumsmaschinen‘. Dabei konnten sie sich auf einen expandierenden Sozialstaat stützen, der rund um die Lohnarbeit organisiert war und durch die Kleinfamilie abgesichert wurde. Die Transferleistungen trugen zu einer Abschwächung alter Ungleichheiten in der Gesellschaft bei und schufen insbesondere für männliche Facharbeiter und Angestellte die Möglichkeit, sozial aufzusteigen. Während die Absicherung der Grundversorgung an Bund und Länder überging, rückte auf lokaler Ebene der Ausbau der kommunalen Infrastruktur in den Vordergrund der Aktivitäten. Die urbanen Entwicklungsprogramme führten zwar zu rigiden Eingriffen in den städtischen Raum, sie waren aber zugleich der Zielvorstellung verpflichtet, eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen.“<sup>2</sup>

Mit der Durchsetzung neoliberaler Konzepte wird dieses Konzept der sozialräumlichen Angleichung abgelöst. Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Stagnation, hoher Arbeitslosigkeit, wachsender Armut und sinkender Einnahmen setzt sich als Folge des ökonomischen Strukturwandels eine verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den Städten durch, d.h. es beginnt eine Phase des Wettbewerbs um staatliche Zuschüsse und auswärtige InvestorInnen. Was zunächst als Reaktion auf den Rückzug des Sozialstaates zu bewerten ist, entwickelt sich in den 90er Jahren zu einer offensiven Strategie unternehmerischer Stadtpolitik:

„Mit weitreichenden Eingriffen in die räumliche Struktur, wie etwa am Potsdamer Platz in Berlin, der Aufwertung von bestimmten innerstädtischen Wohnquartieren oder der Subventionierung von Malls, versuchen die Kom-

---

2 Klaus Ronneberger/Stephan Lanz/Walter Jahn: Die Stadt als Beute, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger 1999, S. 187.

munen ihre Wettbewerbspositionen zu verbessern. Da die Stimulation von privatem Kapital nun ein wesentliches Ziel darstellt, orientieren die Städte ihre Politik an Marktstrategien.“<sup>3</sup>

Um für potenzielle InvestorInnen attraktiv zu sein, werden Konzepte entwickelt, welche die jeweiligen Städte und Regionen aufwerten sollen. Zwar sind diese von Region zu Region beziehungsweise von Stadt zu Stadt verschieden – beispielsweise hat das Ruhrgebiet nach dem Zechensterben mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen als Berlin, das seit der Aufhebung der Teilung Deutschlands wieder Hauptstadt ist, oder aber Frankfurt, das schon zu Beginn der 60er Jahre zur bundesdeutschen Finanzmetropole avanciert – dennoch zeichnen sich einige wesentliche Grundzüge ab, die in verschiedener Gewichtung in beinahe allen bundesdeutschen Städten eine Rolle spielen. Die hier zur Debatte stehenden Maßnahmen lassen sich zunächst grob in zwei Kategorien aufteilen: Solche, die auf die Entwicklung so genannter harter Standortfaktoren, wie zum Beispiel Verkehrsnetz, geeignete Immobilien oder finanzielle Anreize abzielen, und solche, die sich auf den Ausbau so genannter weicher Standortfaktoren beziehen. Im Zusammenhang mit den Innen-StadtAktionen sind in erster Linie letztere von Belang, da die Innen-StadtAktionen mit ihrer Kritik bei genau diesen Maßnahmen und ihren Auswirkungen ansetzt.

Als weiche Standortfaktoren bezeichnet man jene, die nicht unmittelbar für den Ablauf von Produktionsprozessen oder Dienstleistungen vonnöten sind und insofern nicht zwingend von potenziellen InvestorInnen benötigt werden. Sie sind eher dem Bereich der Lebensqualität zuzuordnen. Weiche Standortfaktoren sind solche, welche die Stadt für InvestorInnen und ihre Angestellten attraktiv machen und darüber hinaus auch TouristInnen und einkommensstarke Bevölkerungsschichten anziehen sollen. Hierzu zählen zum Beispiel Freizeitmöglichkeiten und kulturelle Angebote wie Kinos, Musicalhäuser, Theater, Erlebnisparks und Museen oder aber Möglichkeiten erlebnisreichen Konsums mit entsprechenden Fußgängerzonen, Shopping Malls und der dazugehörigen Gastronomie. Auch spielen groß angelegte Festivalisierungsprojekte eine wichtige Rolle, wie beispielsweise die „Love Parade“ in Berlin, die „EXPO“ in Hannover oder die „documenta“ in Kassel. Derlei Events dienen den Städten dazu, sich nach außen das Image einer weltoffenen, kulturell engagierten Stadt zu verleihen und sollen so ebenfalls deren Attraktivität steigern. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusam-

---

3 Ebd., S. 188f.

menhang die Innenstädte, die als Visitenkarten der Stadt angesehen und dementsprechend aufgewertet werden sollen:

„Als Bestandteil der städtischen Revitalisierung unternimmt das ‚Urban Management‘ auch große Anstrengungen, Touristenströme und einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen anzuziehen. Insbesondere die Zentren sollen der Öffentlichkeit als ‚Visitenkarte‘ präsentiert werden. Urbane Kultur und Lebensqualität entwickeln sich zu einer wichtigen Kapitalanlage der Städte. Die damit verkoppelten Imagestrategien operieren vor allem mit zwei scheinbar widersprüchlichen Elementen: der Betonung von Unterschiedlichkeit (gegenüber anderen Städten) und der Garantie räumlicher Heterogenität.“<sup>4</sup>

Ein anderer Strang, der sich im Zusammenhang mit der Durchsetzung neoliberaler Konzepte verfolgen lässt, ist die Privatisierung öffentlichen Eigentums, wie zum Beispiel der Deutschen Bundespost oder der Deutschen Bahn. Im Zusammenhang mit den InnenStadtAktionen spielt vor allem letztere eine zentrale Rolle, weshalb hier kurz auf dieses spezielle Beispiel eingegangen werden soll.

Als staatliches Unternehmen hat die Deutsche Bundesbahn primär die Aufgabe die Mobilität der BürgerInnen zu gewährleisten. Der Ausbau eines flächendeckenden Schienennetzes und damit die Anbindung infrastrukturell benachteiligter Gegenden stehen dabei im Mittelpunkt. Mit der Umwandlung der Bundesbahn in eine Aktiengesellschaft im Jahre 1992 verändert sich die Zielsetzung. Als Unternehmen steht für die Deutsche Bahn AG seitdem Gewinnmaximierung im Vordergrund. Sie agiert dabei auf mehreren Ebenen: Einerseits befinden sich in ihrem Besitz großflächige Liegenschaften, die verkauft oder verpachtet werden, andererseits rückt die Aufwertung der Bahnhöfe selbst und ihre Integration in die City zunehmend in den Mittelpunkt. Mit dem Konzept ‚Projekte 21‘ wird eine stärkere Zusammenarbeit hinsichtlich raumplanerischer Maßnahmen zwischen der Deutschen Bahn AG, Ländern, Kommunen und regionalen Interessenverbänden angestrebt, um „die Bahnhöfe und ihre Umfelder wieder in das innerstädtische Leben [zu integrieren]“.<sup>5</sup> Da der Wert sowohl der bahneigenen Grundstücke im Bahnhofsbereich als auch der Immobilien im Bahnhof selbst massiv vom Image des Bahnhofs und des Bahnhofsumfeldes beeinflusst wird, ist es

---

4 Ebd., S. 68.

5 Heinz Dürr: „Bahn frei für eine neue Stadt“, in: Bund Deutscher Architekten BDA/Deutsche Bahn AG/Förderverein Deutsches Architekturzentrum DAZ (Hg.), Renaissance der Bahnhöfe. Die Stadt im 21. Jahrhundert, Braunschweig, Wiesbaden: Friedrich Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft mbH 1996, S. 13-15, hier S. 13.

seit den 90er Jahren ein wichtiges Anliegen der Deutschen Bahn AG, das negative Image der Bahnhöfe zu beseitigen. In Frankfurt wurde beispielsweise bereits 1992 die Aktion „BAVIS“ („Bahnhof als Visitenkarte“) durchgeführt, deren Zielsetzung es ist, unter den Schlagworten „hell – sicher – sauber“ unerwünschte Personen aus dem Bahnhofsgelände zu entfernen.<sup>6</sup> Zu diesem Zweck arbeiteten Polizei, Ordnungsamt und MitarbeiterInnen privater Sicherheitsdienste zusammen. Die unter anderem von der Deutschen Bahn AG selbst initiierte Ausstellung „Renaissance der Bahnhöfe“ im Jahr 1996 propagiert ein Bahnhofskonzept, das eine Wende von der negativ besetzten Vorstellung eines Bahnhofsmilieus zur Idee der Bahnhofskultur herbeiführen soll. Prof. Dipl.-Ing. Meinhard von Gerkan, dessen Architekturbüro maßgeblich für die Umgestaltung der Bahnhöfe mitverantwortlich ist, beschreibt im Katalog zur Ausstellung die Nutzung der Bahnhöfe und des Bahnhofsumfeldes durch marginalisierte unter der Überschrift „Der Verfall“ wie folgt: Nach dem Zweiten Weltkrieg sei in den Bahnhöfen ein „niedriges Sozialmilieu“<sup>7</sup> vorherrschend gewesen, da nur noch jene Gesellschaftsschichten mit der Bahn gefahren seien, die sich kein Auto leisten konnten. „Die geringe Kaufkraft vertrieb die Gastronomie, die durch Kioske, Würstchenwagen und Automaten ersetzt wurde. Läden des gehobenen Bedarfs wurden immer mehr durch Billig- und Ramschangebote substituiert.“<sup>8</sup> Bahnhöfe seien zum Anziehungspunkt all derer geworden, „die durch ihren gesellschaftlichen Status ein Defizit an Sozialkontakten hatten und über kein Geld verfügten, sich diese durch einen Kneipenbesuch zugänglich zu machen.“<sup>9</sup>

Die Anonymität habe eine Plattform für „zwielichtige Geschäfte, konspirative Treffen bis hin zur Verwahrung von Diebes- und Hehlergut“ geboten, und das „Arme-Leute-Image“ habe auf die umliegenden Stadtbereiche ausgestrahlt: „Die benachbarten Häuser füllten sich mit zwielichtigen Kneipen, Ramschläden, armseligen Glücksspietablislements, Peepshows und dem Szenario der Prostitution. [...] Hinzu gesellte

---

6 Vgl. Christian Sälzer: „bahn exclusiv: ausschluß inclusive. Über die Hierarchisierungs- und Ausgrenzungspolitik der Bahn AG und die Umgestaltung des Frankfurter Hauptbahnhofs“, in: diskus 47 (1998) H. 1+2, S. 30-34, hier S. 31.

7 Vgl. Meinhard von Gerkan: „Renaissance der Bahnhöfe als Nukleus des Städtebaus“, in: Bund Deutscher Architekten BDA/Deutsche Bahn AG/Förderverein Deutsches Architekturzentrum DAZ (Hg.), Renaissance der Bahnhöfe, S. 17-63, hier S. 41.

8 Ebd.

9 Ebd.

sich die Drogenszene mit dem Rauschgifthandel: der schnelle Schuss auf der Bahnhofstoilette und die damit verbundene Kriminalität.“<sup>10</sup>

Wenige Seiten zuvor deutet von Gerkan bereits die vermeintliche Notwendigkeit an, die für dieses Image Verantwortlichen aus den Bahnhöfen und deren Umfeld zu vertreiben:

„Das Milieu der Bahnhöfe, ihre urbane Integration und ihre räumlich-ästhetische Anmutung prägen das Image des Schienenverkehrs möglicherweise nachhaltiger als die Fortschritte der Technik in den Triebwerken der Züge. Aber leider ist in den Bahnhöfen das Defizit zwischen dem gesellschaftlichen Anspruch des Schienenverkehrs und seiner sozialen Realität am größten. Solange Bahnhöfe Zentren der Rotlichtviertel, Brennpunkte der Drogenszene und Treffpunkte sozialer Außenseiter bleiben, solange werden diese Erscheinungen eine hohe psychologische Barriere gegenüber dem Bahnverkehr darstellen und dessen soziale Akzeptanz schwer belasten.

Da das Ziel verfolgt wird, dem Bahnverkehr wieder eine hohe gesellschaftliche Wertschätzung zuzumessen, ist es unerlässlich, das Milieu der Bahnhöfe grundsätzlich zu ändern und ihnen einen guten Teil dessen zurückzugeben, was sie in ihrer Bedeutung als öffentliche Räume vor 100 Jahren innehatten. Dies begründet zum einen die anstehende Renaissance der Bahnhöfe.“<sup>11</sup>

In der Praxis wirkt sich dies vor allem auf Wohnungslose aus, die den Bahnhof als Aufenthaltsort nutzen und Angebote der Bahnhofsmision in Anspruch nehmen.<sup>12</sup> Auf die konkreten Maßnahmen und ihre Aus-

10 Ebd.

11 Ebd., S. 17f.

12 In einer Presseerklärung, mit der die Deutsche Bahn AG auf eine Plakatkampagne der Bundesarbeitslosengemeinschaft Wohnungslosenhilfe („Wer nicht konsumiert muss raus!“) reagierte, heißt es: „Bei der Bahn wird niemand diskriminiert oder vertrieben. Klar ist, dass wir in den Bahnhöfen kein Betteln akzeptieren. Auch können Bahnhöfe keine dauerhaften Aufenthaltsorte und Schlafstätten für Wohnungslose sein. Obdachlosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das viele staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen betrifft. Die Deutsche Bahn nimmt ihre soziale Verantwortung für Reisende wahr, indem sie in vielfältiger Weise auch weiterhin die Arbeit der Bahnhofsmissionen unterstützt und zum Beispiel Räume mietfrei zur Verfügung stellt. Allerdings wird es in Zukunft keine kostenlose Essensausgabe durch die Bahnhofsmissionen in den Bahnhöfen geben. Dazu Bahnchef Hartmut Mehdorn: ‚Es kann nicht sein, dass unsere Bahnhöfe durch kostenlose Essensausgaben zum Anlaufpunkt für Wohnungslose einer ganzen Stadt gemacht werden. [...]‘ Die Bahn ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen und keine öffentliche Einrichtung. Wie jedes andere Unternehmen hat sie das Recht, eine Hausordnung zu erlassen.“ (Erklärung der Deutschen Bahn AG zur Plakataktion der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe vom 21.2.2002.)

wirkungen soll an späterer Stelle im Kontext der Klassifizierung der verschiedenen Ausgrenzungspraxen gegenüber Marginalisierten eingegangen werden. Wichtig ist an dieser Stelle zunächst, dass mit der Privatisierung eines staatlichen Unternehmens im Falle der Deutschen Bundesbahn die Privatisierung eines vormals quasi öffentlichen<sup>13</sup> Raumes einhergeht. Der unternehmerische Maßstab der Gewinnmaximierung hat dabei konkrete Auswirkungen auf die Gestaltung der Bahnhöfe und des Bahnhofsumfeldes einerseits, andererseits auf die Menschen, die dieses Areal auf verschiedene Weise nutzen.

## **Vertreibung und Ausgrenzung Marginalisierter**

Sowohl die Aufwertung der Innenstädte im Zuge der Städtekonkurrenz als auch die Aufwertung der Bahnhöfe im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundesbahn geht einher mit der Entwicklung von Konzepten, die sich gegen die Präsenz verschiedener Personengruppen an den betreffenden Orten richten. Diese Gruppen, obwohl untereinander sehr verschieden, werden im Folgenden unter dem Begriff der Marginalisierten subsumiert, da sie alle in gewisser Hinsicht von der Teilhabe an bestimmten gesellschaftlichen Bereichen ausgegrenzt sind und ihre Nutzungsformen städtischen Raums als unerwünscht gelten und unterbunden werden. Der Terminus Marginalisierte wird dem der Randgruppe vorgezogen, da er impliziert, dass die durch ihn Bezeichneten nicht immer selbst gewählt am Rande der Gesellschaft leben, sondern durch gesellschaftliche Diskurse, vorherrschende Normensysteme etc. an diesen gedrängt werden, d.h. die Ausgrenzung bestimmter Personen ist ein aktiver Vorgang. Die Gruppe der Marginalisierten ist in sich ausgesprochen heterogen, sie umfasst Wohnungslose genauso wie Punks, DrogenkonsumentInnen, bestimmte Gruppen von MigrantInnen oder unter bestimmten Bedingungen HipHop-orientierte Jugendliquen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie durch ihre Anwesenheit und ihr reales oder unterstelltes Verhalten das gewünschte Image sowohl der Innenstädte wie auch im speziellen Fall der Bahnhöfe beeinträchtigen. Sie geraten daher Mitte der 90er Jahre ins Fadenkreuz kommunaler Ordnungspolitik und unter-

---

13 Öffentlich waren die Bahnhöfe in sofern, als dass es sich bei ihnen um staatliches, also öffentliches Eigentum, nicht um Privateigentum handelte. Dennoch waren die Bahnhöfe als Architektur ungleich weniger öffentlich zugänglich als beispielsweise öffentliche Plätze. Mit der Privatisierung der Deutschen Bahn AG wird jedoch das Hausrecht in den Bahnhöfen nicht länger von einer staatlichen Institution, sondern von einem privatwirtschaftlichen Unternehmen ausgeübt.

nehmerischer Maßnahmen, die dafür sorgen sollen, dass sich die als störend empfundenen Personengruppen nicht länger in den jeweiligen Arealen aufhalten.

### **Marginalisierte im Fokus repressiver Maßnahmen**

Die Argumentation der hierfür zuständigen Behörden stützt sich auf einen sich seit Mitte der 90er Jahre verschärfenden Sicherheitsdiskurs, d.h. einer öffentlichen Auseinandersetzung darum, wie sicher das Leben in den Städten sei, der den Marginalisierten ein Gefahrenpotenzial unterstellt. Eine große Rolle spielt hierbei die Rezeption der ‚Broken Windows-Theorie‘. Den Verlauf dieser Debatte und die daraus resultierenden Maßnahmen sollen im Folgenden skizziert werden. Zunächst geht es jedoch darum, zwischen den verschiedenen Gruppen, die unter dem Begriff der Marginalisierten zusammengefasst werden, zu differenzieren. Denn wenn die Maßnahmen, von denen die Marginalisierten betroffen sind, auch ähnlich sind, so sind die Gründe, warum gegen sie vorgegangen wird, doch zum Teil verschieden:

Wohnungslose, BettlerInnen und DrogenkonsumentInnen werden aus den genannten Räumen verweisen, da der Anblick von Armut und Verwahrlosung als störend empfunden wird. Der Anblick ihres Elends behindert den ungestörten Konsum und wird daher sowohl aus Sicht der Kommunen in Hinblick auf potenzielle InvestorInnen und KonsumentInnen als auch von diesen selbst als Beeinträchtigung wahrgenommen:

„Viele Menschen suchen die Kernstadt nur noch als Verbraucher oder Urlauber auf. Unter dem ‚touristischen Blick‘ und einer auf Erlebnis und Entspannung ausgerichteten Konsumpraxis verwandeln sich die Orte zu Kulissenlandschaften und Freizeitanlagen, in denen soziale Heterogenität eher als irritierend und störend empfunden wird. Denn der Erlebnisraum ist vor allem ein Raum der sicheren Distanz vor unerwarteten Ereignissen und Situationen, die die gewünschte Atmosphäre in Frage stellen könnten [...]“<sup>14</sup>

Das wesentliche Merkmal dieser Gruppe ist ihr offensichtliches Herausfallen aus dem ökonomischen Verwertungsprozess und damit einhergehend ihre mangelnde Möglichkeit zur Teilhabe am Konsum. Gerade Wohnungslose und DrogenkonsumentInnen sind jedoch auf stark publikumsfrequentierte Bereiche angewiesen, da sie ihren Lebensunterhalt beziehungsweise ihren Drogenkonsum zum Teil durch Betteln oder den Verkauf von Obdachlosenzeitungen bestreiten. Darüber hinaus sind in

---

14 K. Ronneberger/S. Lanz/W. Jahn: Die Stadt als Beute, S. 72.

den meisten größeren Städten nach wie vor viele Hilfseinrichtungen im Bahnhofsumfeld oder im Innenstadtbereich und nicht in den Randgebieten angesiedelt.

Punk- oder HipHop-orientierte Jugendliche werden aufgrund ihres dissidenten Aussehens und/oder Verhaltens Ziel ordnungspolitischer Maßnahmen, allerdings in unterschiedlicher Hinsicht. Während Punk-orientierte Jugendliche sich offensiv dem bürgerlichen Lebensentwurf und vor allem der daran gekoppelten Vorstellung eines geordneten Lebens in Lohnarbeit verweigern, das Scheitern zur Lebensphilosophie erheben und dies durch ihre Kleidung und offensives Betteln auch nach außen tragen, stellt bei HipHop-orientierten Jugendlichen aus ordnungspolitischer Sicht vor allem ihre Form der Rauman eignung ein Problem dar.<sup>15</sup> Die mit HipHop eng verknüpfte Ausdrucksform des Graffiti, die als Angriff auf die städtische Architektur stets eine politische Dimension besitzt<sup>16</sup>, wird als Beschmutzung des öffentlichen Raums empfunden und erfüllt juristisch gesehen den Straftatbestand einer Sachbeschädigung.

Kulturelle Differenz und dissidentes Verhalten als gemeinsamer Nenner dieser beiden Formen von Jugendkultur werden vor dem Hintergrund der erwünschten städtischen Images ebenfalls als Störfaktor wahrgenommen, der die Interessen von InvestorInnen und KonsumentInnen beeinträchtigt.

MigrantInnen oder Menschen mit migrantischem Hintergrund lassen sich ebenfalls in mancherlei Hinsicht als Marginalisierte definieren. Grundsätzlich sind Menschen ohne deutschen Pass juristisch gesehen gegenüber Deutschen benachteiligt, wobei so genannte EU-AusländerInnen gegenüber so genannten Nicht-EU-AusländerInnen juristisch besser gestellt sind. Im Hinblick auf ordnungspolitische Maßnahmen im städtischen Raum spielt jedoch weniger die juristische Stellung der Betroffenen eine Rolle, als vielmehr äußere Merkmale, die dazu führen,

---

15 Vgl. Nicole Grothe: „Taggen ist Provokation“, in: *rebel:art. connecting art & activism* 1 (2004) H. 1, S. 114-117.

16 „Jede Graffiti-Intervention vollzieht sich – bewusst oder unbewusst – vor dem Hintergrund der Tatsache, dass dieser Raum durch Architektur und andere Elemente in einer Art und Weise strukturiert ist, die Macht- und Herrschaftsbeziehungen in physisch fassbarer Form zum Ausdruck bringt. [...] Graffiti unterlaufen ein Öffentlichkeitsverständnis, das die Gestaltung des öffentlichen Raumes an privates Eigentum und bürokratische Legitimation bindet.“ (autonome a.f.r.i.k.a. gruppe/Luther Blisset/Sonja Brünzels: *Handbuch der Kommunikationsguerilla*, Hamburg, Berlin: Verlag Libertäre Assoziation, Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße o. J., S. 98.). Vgl. auch Jean Beaudrillard: *Kool Killer oder Der Aufstand der Zeichen*, Berlin: Merve Verlag 1978, S. 19-38.

dass Menschen als AusländerIn kategorisiert werden, beispielsweise Hautfarbe, Kleidung, Mehrsprachigkeit beziehungsweise das Sprechen mit Akzent etc. Als Beispiel kann das Vorgehen der Polizei gegenüber Menschen mit schwarzer Hautfarbe am Breitscheidplatz in Berlin dienen, welches Volker Eick im Rahmen einer Studie wie folgt beobachtet:

„Im Zuge unserer Untersuchungen konnten wir an einer Einsatzbesprechung zur Vorbereitung einer ganztägigen Großrazzia teilnehmen. Da waren dann sämtliche Sondereinheiten der Polizei: die Lehrbereitschaft der Polizei Rudow mit zwei Hundertschaften, die Sondereinheit gegen Graffiti, die Drogensondereinheit, die Sondereinheit gegen Jugendgewalt und eben die Operative Gruppe City-West, eine aus Schutz- und Kriminalpolizei zusammengesetzte Spezialeinheit. Der zuständige Einsatzleiter hat eingeleitet mit den Worten: ‚Der Einsatz richtet sich heute gegen unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, nee, Mitbürger kann man ja eigentlich nicht sagen, also er richtet sich gegen Negroide.‘ Dann hat er diese so genannten Negroiden in drei Zielgruppen aufgeteilt. Erstens die Zopfflechter, zweitens eine Gruppe von Leuten, denen er unterstellte, daß sie Cannabis verkaufen würden, und drittens eine Gruppe von Jugendlichen, von denen er noch gar nicht wußte, was sie da eigentlich machen. [...]

Die Einsatzbesprechung hat eine halbe Stunde gedauert; in Zivilfahrzeugen konnten wir dann mitfahren. Der gesamte Breitscheidplatz wurde dann von den zwei Hundertschaften umstellt, und alle farbige Leute wurden herausgegriffen, durchsucht, auf Personalien kontrolliert und zum Teil mit auf die Wache genommen, wenn sie keine vollständigen Papiere dabei hatten. [...]

Die Antirassistische Initiative in Berlin spricht von ‚Apartheidspolitik‘. Und das gibt ja auch der Sprachgebrauch wieder. Die Polizei meint, sie kämpfe an der Front des Verbrechens und sei dafür zuständig, diesen Platz sauber zu halten. [...] In dem Einsatzzimmer der Polizei hing eine große Bleistiftzeichnung. Auf der ist der Einsatzleiter mit einem Besen in der Hand zu sehen, wie er den Breitscheidplatz sauber fegt. Und was mit diesem Besen weggefeht wird, sind als Obdachlose stilisierte Leute mit einer Flasche Bier in der Hand und farbige Leute.“<sup>17</sup>

Auch das Antirassismusbüro Bremen berichtet über selektive Kontrollen von Menschen mit migrantischem Aussehen, deren Ursache in der Zuschreibung von kriminellen Eigenschaften zu suchen sei.<sup>18</sup>

17 Dirk Eckert: „Einsatz ‚gegen Negroide‘“. (Interview mit Volker Eick), in: philtrat. Zeitung der StudentInnenschaft der Philosophischen Fakultät der Universität Köln (1998) H. 23, S. 14-15.

18 Vgl. Antirassismusbüro Bremen/FFM Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (Hg.): Sie behandeln uns wie Tiere. Rassismus bei Polizei und Justiz in Deutschland, Berlin: Schwarze Risse 1997.

Die unter dem Begriff der Marginalisierten zusammengefassten Personengruppen sehen sich zu Beginn der 90er Jahre mit einer Verschärfung gegen sie gerichteter repressiver Maßnahmen konfrontiert, deren Ziel es ist, sie aus bestimmten innerstädtischen Bereichen fernzuhalten. Offensichtliche Armut und deviantes Verhalten werden als störend empfunden und die betreffenden Personengruppen zunehmend weniger geduldet. Von zentraler Bedeutung ist die sich hierbei vollziehende Verschiebung in der Bewertung devianten Verhaltens von störend zu gefährlich. In den 90er Jahren entsteht ein Sicherheitsdiskurs, der bestimmte Verhaltensformen Marginalisierter als Bedrohung der öffentlichen Ordnung definiert, gegen welche mit Repression vorgegangen werden muss. Durch verschiedene Maßnahmen wird ein Normenkodex öffentlicher Ordnung etabliert, und es werden jene sanktioniert, die diesem nicht entsprechen können oder wollen. Damit gehen eine verschärfte Hierarchisierung gesellschaftlicher Klassen und sozialer Milieus und ihre Verteilung im öffentlichen (beziehungsweise ehemals öffentlichen Raum) einher:

„Die wachsende Präsenz der Marginalisierten in den Zentren und bestimmten Wohnvierteln nehmen die Eliten, aber auch die Mehrheit der Quartiersbevölkerung als Kontrollverlust über die Stadt wahr. [...] Aus dieser Sicht geht es um die Wiedereroberung der städtischen Territorien und um die Durchsetzung bestimmter Normalitätsstandards, für die auch Grundrechtseinschränkungen für bestimmte Personengruppen bewusst in Kauf genommen werden. [...] Die repressive Ausgrenzung von Menschen, die als nicht normenkonform definiert werden, lässt sich erfolgreich damit legitimieren, dass es dabei um die Rettung der räumlichen Kontrolle und die sozial-kulturelle Hegemonie der Gemeinschaft der so genannten Wohlanständigen gehe.“<sup>19</sup>

Im Folgenden soll dargelegt werden, wie durch die Rezeption der ‚Broken Windows-Theorie‘ und des daraus abgeleiteten US-amerikanischen ‚Zero Tolerance-Konzepts‘ der Innere-Sicherheits-Diskurs in Deutschland beeinflusst wird, und wie sich dieser Einfluss auf stadtpolitische Maßnahmen auswirkt.

### **‚Broken Windows‘ und ‚Zero Tolerance‘**

Das auf der ‚Broken Windows-Theorie‘ basierende Konzept der ‚Zero Tolerance‘ stammt ursprünglich aus New York und wird dort von dem 1994 bis 1996 amtierenden Polizeipräsidenten William Bratton etabliert

---

19 K. Ronneberger/S. Lanz/W. Jahn: Die Stadt als Beute, S. 199f.

(weswegen das Konzept in der Literatur zuweilen auch unter dem Terminus ‚New Yorker Modell‘ geführt wird). Kernthese dieses Konzeptes ist es, dass jeder noch so geringe Regelverstoß augenblicklich und streng geahndet werden muss, da Verstöße gegen gesellschaftliche Normen unweigerlich Verwahrlosung und Kriminalität nach sich ziehen.

Die ‚Broken-Windows-Theorie‘ selbst stammt von den zu der konservativen Kriminologen-Schule New Realists gehörenden Autoren James Q. Wilson und George L. Kelling, und wird erstmals 1982 unter dem Titel „Broken Windows. The police and neighborhood safety“<sup>20</sup> veröffentlicht. 1996 erscheint die deutsche Übersetzung.<sup>21</sup>

Wilson und Kelling untersuchen in ihrer Studie die Frage, mit welchen Formen der Polizeiarbeit sich die Sicherheit auf den Straßen verbessern ließe. Sie plädieren dabei für einen erhöhten Einsatz von Fußstreifen, da sie einen Niedergang der öffentlichen Ordnung als zentrales Problem ansehen. Durch die Anwesenheit suspekter Personengruppen (genannt werden Wohnungslose, Jugendcliquen, Prostituierte, BettlerInnen) werde das subjektive Sicherheitsgefühl der BürgerInnen beeinträchtigt, auch wenn von den Genannten keine reale Gefahr ausgehe:

„Many citizens, of course, are primarily frightened by crime, especially crime involving a sudden, violent attack by a stranger. This risk is very real, in Newark as in many large cities. But we tend to overlook another source of fear – the fear of being bothered by disorderly people. Not violent people, nor, necessarily, criminals, but disreputable or obstreperous or unpredictable people: panhandlers, drunks, addicts, rowdy teenagers, prostitutes, loiterers, the mentally disturbed.“<sup>22</sup>

Gegen diese müsse streng vorgegangen werden, da die Toleranz ihres jeweiligen Verhaltens zum Verfall der öffentlichen Ordnung führen und die Verwahrlosung ganzer Viertel nach sich ziehen könne:

„We suggest that ‚untended‘ behavior also leads to the breakdown of community controls. A stable neighborhood of families who care for their homes, mind each other's children, and confidently frown on unwanted intruders can change, in a few years or even a few months, to an inhospitable and frightening jungle. A piece of property is abandoned, weeds grow up, a window is

20 Vgl. James Q. Wilson/George L. Kelling: „Broken Windows. The police and neighborhood safety“, in: *The Atlantic Monthly* (1982) H. 3, S. 29-38.

21 Vgl. James Q. Wilson/ George L. Kelling: „Polizei und Nachbarschaftsicherheit: Zerbrochene Fenster“, in: *Kriminologisches Journal* 28 (1996) H. 2, S. 121-130.

22 J. Q. Wilson/G. L. Kelling: „Broken Windows“, S. 29.